

**Graf Czernin über die Friedensfrage.**

Budapest, 9. September.

Von der Rede des deutschen Staatssekretärs Dr. Solf ausgehend, in der rüchhaltlos ausgesprochen war, daß Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit „brennende Menschheitsfragen sind, hinter denen die Stimmung von Millionen steht“, äußert sich Graf Ottokar Czernin in den Spalten eines Wiener Blattes über die Friedensfrage. Er greift dabei auf die Anregung zurück, die er vor einem Jahre in seiner bekannten Budapester Rede gegeben hat und in der auf die Notwendigkeit hingewiesen war, nach dem Kriege den weiteren Rüstungswettlauf einzustellen, eine Anregung, die, wie Graf Czernin selbst zugibt, damals ohne die erhoffte Wirkung geblieben ist. Er schreibt dies dem Umstande zu, daß vor Jahr und Tag noch die Hoffnung des Siegfriedens, „weniger bei uns als in Deutschland“, die Gemüter beherrscht habe. Die Ausführungen Dr. Solfs lassen nun eine Wandlung in der Stimmung der verantwortlichen Kreise in Deutschland erkennen. Graf Czernin folgert aus dieser Rede, daß auch an maßgebenden deutschen Stellen der Gedanke Raum gewinnt, dieser Krieg werde eine neue Weltordnung gebären und die Bürgschaften zur Vermeidung künftiger Kriege seien nicht in verstärkten Rüstungen, sondern in internationalen Abmachungen zu suchen. Allerdings, erklärt Graf Czernin, „ein Rückfall in die frühere Uebung, daß man nach jedem Waffenerfolg vom „harten Frieden“ spricht, dürfe nicht mehr stattfinden. Der Siegestaumel, der sich augenblicklich der Entente bemächte, werde bald verrannt sein, die Entente werde einsehen, daß sie die militärische Entscheidung nicht erzwingen könne; „dann aber dürfen wir nicht wieder vom Verständigungsfrieden abirren, sonst werden wir uns so lange in diesem Kreise herumdrücken, bis wir alle, Freund und Feind, zugrunde gegangen sind“. Graf Czernin beruft sich auch auf die vor vier Monaten erschienene Schrift Edward Greys, in der der Grundgedanke ausgeführt ist, daß der Friede so lange unmöglich sei, so lange Deutschland nicht darauf eingehe, Mittel und Wege zu suchen, um die militärische Macht durch das Schiedsgerichtsverfahren zu erziehen.

Man kann dem Gedankengange des Grafen Czernin bis zu diesem Punkte ohne jeden Vorbehalt folgen. Hier aber drängt sich eine Bemerkung auf, die wir bei aller Sympathie für seinen Standpunkt nicht unterdrücken möchten. Er selbst gibt zu, daß die führenden Männer in England und Frankreich das ganze Gerede von der Schiedsgerichtsbarkeit „nur als Vorwand behandeln“, daß sie die Vernichtung der Zentralmächte, den „Siegfrieden“ in ihrem Sinne, wollen. Das scheint uns nun aber in der gegenwärtigen Lage der springende Punkt zu sein. Unsere Monarchie hat schon im vorigen Oktober durch den Mund des Grafen Czernin ihre Zustimmung zur Politik der Abrüstung nach dem Kriege und der Schiedsgerichtsbarkeit verkündet und diese Linie auch seither immer folgerichtig festgehalten. In Deutschland aber hat jüngst ein Staatsmann in verantwortlicher Stellung, der Staatssekretär Solf, ähnliche Ansichten vor der Öffentlichkeit geäußert, was, wie Graf Czernin ausdrücklich feststellt, gewiß nicht der Fall hätte sein können, wenn nicht die übrigen politischen maßgebenden Stellen seine Auffassung geteilt hätten. Bei den Mittelmächten also ist die Geneigtheit an amtlichen Stellen vorhanden. Wie steht es demgegenüber in England aus? Dort werden ähnliche Meinungen nur von Leuten geäußert, die keinen Einfluß auf die Regierungspolitik auszuüben vermögen: von Edward Grey, der in seiner Zurückgezogenheit als ein Einsamer angesehen werden darf, von Lansdowne, Buxton und noch einem Häuflein Peers,

denen im Oberhause die erdrückende Mehrheit der Kriegspolitiker gegenübersteht, und im Unterhause der mutige, aber numerisch schwache Flügel der Radikalen, der seit Kriegsbeginn mit auerfennenswerter Zähigkeit, aber ohne sichtlichem Erfolg den Kampf gegen die offizielle Politik der verantwortlichen Stellen führt. Sogar die englische Arbeiterschaft versagt sich einer einbeutigen und nachdrücklichen Stellungnahme für die Politik der Völkerverständigung, wie sie bei uns und in Deutschland beanträte und verantwortliche Jurisprecher findet. Daraus läßt sich nun leider feststellen, daß die Kräfte, die dem Kriege durch eine Verständigung der Völker ein Ende bereiten wollen, bei uns und bei unseren Gegnern höchst ungleich verteilt sind. In Deutschland haben die Regierungen sich der Verständigungsidee genähert und sich von der Zwangsvorstellung des Siegfriedens entfernt. In der Entente sind die verantwortlichen Stellen nach wie vor von dieser Zwangsvorstellung befestigt, und ihrem Trachten, das Volk im Banne ihrer Ideen zu erhalten, ist bisher voller Erfolg beschieden gewesen.

Soll daraus gefolgert werden, daß bei den Mittelmächten das Streben nach Verständigung zurückdrängen und auch bei ihnen ein anderer Weg einzuschlagen sei? Mit nichts. Zweifellos gilt es, auf der als richtig erkannten Bahn auszuharren. Und wenn Graf Czernin

jetzt anregt, daß bei uns die Delegation zusammenzutreten und von ihnen die kriegsführenden Völker aufgefordert werden sollen, sich endlich aus dem Banne „des bösen Traumes von Blut und Gewalt“ zu befreien, so kann man darauf nur sagen, daß kein vernünftiger Grund vorliegt, sich dieser Anregung zu verschließen. Auch nehmen wir durchaus nicht an, daß Graf Burian etwa „aus subjektiven Gründen des ministeriellen Ruhebedürfnisses“ eine Schen vor der Einberufung der Delegationen hegen sollte. Aber eine unmittelbare Wirkung auf das feindliche Ausland wagen wir uns von einer solchen Initiative nicht zu versprechen. Der Gedanke der Völkerverständigung kann nicht oft genug betont, die Propaganda für ihn nicht nachdrücklicher genug betrieben werden: seine Verwirklichung hat jedoch zur Voraussetzung, daß auch bei unseren Feinden und zunächst in England Männer zur Regierung gelangen, die das Streben nach Vernichtung der Mittelmächte entweder nie gehegt haben, oder bereit sind, es über Bord zu werfen.